

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 94 (2000)
Heft: 10

Artikel: Fragt nicht, was die Welt für die Schweiz tun kann, sondern was die Schweiz für die Welt tun kann!
Autor: Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dies zum Wohle aller. Nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa mussten Millionen von Flüchtlingen eine neue Heimat finden und fanden sie auch.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das kleine Bergdorf Badolato in Süditalien und auch das Dorf Riace in seiner Nähe, beides vom Aussterben bedrohte Gemeinden, haben kurdische Flüchtlinge aufgenommen und integriert – auch zum Wohle aller Beteiligten.

Hier in der Grenzregion Como, nahe an der verriegelten Schweizer Grenze, gibt es ebenso Hoffnungszeichen: Nach dem Tod von Don Renzo Beretta im letzten Jahr starb die Solidarität nicht aus. Die «zivile Gesellschaft» trat an seine Stelle: Eine Bürgerinitiative im Flüchtlingszentrum Sanigno ermöglicht zahlreichen minderjährigen Flüchtlingen eine Lehrstelle als Bäcker, Schreiner, Maurer etc. und bewahrt

die Region Como vor zusätzlicher Jugendkriminalität. Die Flüchtlingszentren des Roten Kreuzes von Tavernola, Valsolda und Cernobio helfen den an der Schweizer Grenze abgewiesenen Familien.

Dem Schweizer Bundesrat rufen wir an diesem 1. August entgegen: Öffnet Eure Herzen! Öffnet die Grenzen!

Zusammen mit unseren italienischen Freunden und allen Gutgesinnten in Europa werden wir neue Wege finden müssen.

«Was alle angeht, können nur *alle* lösen» (Friedrich Dürrenmatt).

Dies ist unser Appell von Cosia an diesem 1. August im Jahre 2000.

(Ansprache, gehalten in der Kanalisation in Como, zusammen mit Flüchtlingen sowie Freundinnen und Freunden aus der Schweiz und aus Italien, als Protest und Aufruf)

Josef Lang

Fragt nicht, was die Welt für die Schweiz tun kann, sondern was die Schweiz für die Welt tun kann!

Die Aussenpolitik der Schweiz ist in Bewegung geraten. Unbeweglich geblieben ist nur die Position der Nationalkonservativen, die in der AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) ihr Sammelbecken gefunden haben. Josef Lang analysiert diese und die drei weiteren Positionen im heutigen aussenpolitischen Diskurs: 1. diejenige des Bundesrates bzw. des VBS (Departement für Verteidigung und Bevölkerungsschutz), die genauso nationalegoistisch sei wie die AUNS, da es beiden um nichts anderes gehe als um die Legitimation der zum Selbstzweck gewordenen Armee; 2. die Vorwegnahme einer kollektiven Sicherheit, zu der die Schweizer Armee beitragen könnte, ohne dass unser Land deswegen das «Friedenshandwerk» vernachlässigen müsste – eine Option, die der Autor der SPS zuordnet und im übrigen für unrealistisch hält; 3. die Option der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee), die meint, die Schweiz diene der Welt nicht mit bewaffneten Auslandseinsätzen, sondern mit friedenspolitischen Beiträgen nach der Devise «Solidarität statt Soldaten». Der Text gibt das Referat wieder, das Josef Lang an der Jahresversammlung der Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz und der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege am 13. Mai 2000 im Kirchgemeindehaus in Bümpliz/Bern vorgetragen hat. Es wurde um den Schlussteil gekürzt, der eine solidarisch-pazifistische Traditionslinie der «anderen Schweiz» entwickelte. Unser Freund ist Historiker, Mitglied des GSoA-Vorstandes und Kantonsrat der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA) Zug.

Red.

Aussenpolitik: «primär Interessenwahrung»

Der Titel meines Referats ist ebenso einseitig wie die schweizerische Aussenpolitik – einfach im umgekehrten Sinne. Nach welcher Logik diese funktioniert, hat der *Bundesrat* in seinem Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren von 1993 festgehalten: «Aussenpolitik bedeutet primär Interessenwahrung nach aussen.»¹ Einige Seiten später wird das nationale Interesse «zum exklusiven Zweck der Aussenpolitik gesteigert»²: «Die Interessenwahrung ist nicht nur Ziel und Mittel der Aussenpolitik, sondern ihre primäre Aufgabe, ein alles durchdringendes Motiv, gewissermassen Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischer Aktivität.»³

Der St. Galler Politologe *Alois Riklin* bemerkte in einem Referat über «*Ethik der Sicherheitspolitik*» zu dieser Ausrichtung: «Wo bleibt da die internationale Solidarität? Sie wird zwar in der Folge mehrfach erwähnt, aber im Sinne: Wenn die Solidaritätserwartungen des Auslands sozusagen kein Entkommen mehr ermöglichen, dann muss sich die Schweiz im eigenen nationalen Interesse solidarisch zeigen. Das Verhalten von Banken und Bundesrat in Sachen Fonds für Holocaust-Opfer folgte genau der Konzeptvorgabe.»⁴ Kürzlich war ich auf einem Podium zu den Bilateralen Verträgen. Ein sozialdemokratischer Politiker, der bewaffnete Auslandeinsätze vehement befürwortet, hat die Öffnung der Schweiz unter anderem mit folgendem Argument verteidigt: «Solange wir den Alleingang wählen, müssen wir Flüchtlinge annehmen, obwohl sie von einem EU-Land bereits abgewiesen worden sind.»

Das nationale Hauptinteresse, das heutzutage den offiziellen «Solidaritäts»-Diskurs am stärksten beflügelt, ist das *Überleben der Armee*. Diese ist existenziell bedroht, weil ihr im Inland die Arbeit ausgegangen ist und sie deshalb – wie andere Arbeitslose auch – befürchten muss, ausgesteuert zu werden. Da ist das Ausland (d.h. die «Solidarität») dringend nötig, um

ihr neue Arbeit, neue Legitimität und damit Kontinuität zu beschaffen.

VBS und Auns: Zwei nationalegoistische Optionen

In der laufenden Diskussion über die Aussen- und Sicherheitspolitik gibt es vier Positionen: zwei nationalistische, die von der Frage ausgehen, was die Welt für die Schweiz tun kann, eine zwittrige und eine internationalistische. Die *offizielle Position* – kürzen wir sie mit VBS ab! – lautet in den nur ganz leicht abgewandelten Worten Machiavellis folgendermassen: «Wenn das Wohl der Armee auf dem Spiel steht, darf nicht in Betracht gezogen werden, ob etwas gerecht oder ungerecht ..., löblich oder schändlich ist, vielmehr muss man *rücksichtslos* das tun, was der Armee die Existenz rettet und die Legitimität sichert.»⁵

Die Leute, welche diese Position vertreten (sie sind in allen vier Bundesratsparteien zu finden), fragen nicht, ob eine Welt, die für das Kriegführen und das militärische Konfliktmanagement 60mal mehr ausgibt als für die Gewaltprävention und die friedliche Konfliktbearbeitung, von der Schweiz tatsächlich mehr Soldaten samt Waffen braucht. Sie weichen der Diskussion aus, ob die *Irak-* und *Kosovo-Kriege* und der daraus folgende *Tschetschenien-Feldzug* die regionalen und globalen Probleme einer Lösung näher gebracht oder sie nicht noch mehr davon entfernt haben. Sie verdrängen die Schrecken, physischen und psychischen Verletzungen, die jeder Krieg verursacht. Sie vertreten oder akzeptieren ein *Militärgesetz*, das möglichst viel Handlungsspielraum *ausserhalb des Völkerrechts* und während des Krieges schafft.

Rücksichtslos *instrumentalisieren* sie das Elend auf dem Balkan und marginalisieren sie die Hilfswerke, welche die zivilen Aufgaben viel kompetenter und billiger zu lösen verstehen. Rücksichtslos nützen sie die Technikbegeisterung junger Mubabesucherinnen und -besucher aus, um für ihre überholte Institution zu werben. Und vor allem nützen sie das Be-

dürfnis breiter Bevölkerungskreise aus, die Schweiz der Welt näher zu bringen. Die Welt und die Solidarität werden benutzt, jene Institution zu retten, welche historisch am engsten mit dem Nationalismus verbunden ist.

Die *zweite Option* – kürzen wir sie mit AUNS ab! – folgt Machiavelli originalgetreu: «Wenn das Wohl des Vaterlandes auf dem Spiel steht, darf nicht in Betracht gezogen werden, ob etwas gerecht oder ungerecht ..., löblich oder schändlich ist; vielmehr muss man *rücksichtslos* das tun, was dem Vaterland die Existenz rettet und die Unabhängigkeit sichert.» Sie vertritt das, was in der Schweiz *jahrzehntelang offizielle Doktrin* war. In dieser Tradition liegt ihre politische Stärke. Realistischer als die erste Option ist sie, wenn es um die Folgen jeglicher Kriegführung und um den Nutzen des Swisscoy-Einsatzes geht. Unrealistischer ist sie, wenn es um die Glaubwürdigkeit und damit die Zukunft einer national beschränkten Armee geht.

Eine der Hauptdifferenzen der beiden nationalistischen Optionen liegt darin, dass die erste die Flüchtlinge schon weit weg von der Grenze, die zweite erst ab der Grenze abwehren will. Rücksichtslos gegenüber ihrer bisherigen (und wohl auch zukünftigen) Politik argumentiert die AUNS, dass die Schweiz gescheiter ihr ziviles als ihr militärisches Potential für «das Ausland» einsetze.

SPS: Globales Rechtssystem oder nordwestliches Machtsystem?

Die *dritte Option*, die hauptsächlich in der SPS beheimatet, aber in der Bundes-Fraktion nicht bedeutend mehr Gewicht haben dürfte als die VBS-Option, versucht der Welt näherzukommen, ohne der Armee zu nahe zu treten, obwohl diese gemäss eigenen Angaben keine inländische Funktion mehr hat. Wie die erste Option versucht auch die dritte, der Welt mit der Armee näher zu kommen. Aber sie ist dagegen, dass dies auf Kosten des Zivilen geht. Deshalb versucht sie zwei Sachen miteinander zu verbinden: die *Unterstützung*

bewaffneter Auslandeinsätze mit der *Umverteilung der Hälfte der Armeeausgaben*.

Auf die praktische Frage, ob ein Land, das seit 153 Jahren keine militärischen Kriegserfahrungen machen musste und deshalb in Sachen Kriegshandwerk etwas unerfahren ist, sich nicht gescheiter auf den *Export des Friedenshandwerks* beschränken würde, bekommt man vor allem zwei Antworten: Erstens zeuge die Frage von einem positiven Sonderfall-Denken. Und zweitens könne man die Armee ohnehin nicht abschaffen, also soll man mit ihr möglichst «etwas Gescheites» machen, und das hiesse: ihre «guten (militärischen) Dienste» im Rahmen einer «kollektiven Sicherheit» und möglichst in den Grenzen des Peace keeping einsetzen. Vom machiavellistischen Denken der beiden Optionen VBS und AUNS unterscheidet sie sich insofern, als sie *weniger egoistisch*, aber auch *weniger realistisch* ist.

Aussenpolitisch ist sie unrealistisch, weil die Chance, dass sich in nächster Zeit weltweit eine kollektive Sicherheit anstelle des *Nato-Sonderbündnisses* durchsetzen könnte, noch geringer ist als die Chance, die Armee abzuschaffen. Und eine *EU-Armee* (eine vom linken Europa-Diskurs weitgehend verdrängte Gefahr) hätte mit kollektiver (d.h. alle: Arm und Reich, Ost und West, Nord und Süd einbeziehender) Sicherheit ebenso wenig zu tun wie die Nato. Die denkbaren bewaffneten Auslandeinsätze werden nicht in ein globales Rechtssystem, sondern in ein nordwestliches Machtsystem eingebettet sein.

Innenpolitisch unrealistisch ist diese Option, weil es inkohärent ist, heute für bewaffnete Auslandeinsätze, morgen für die Halbierung der Ausgaben und übermorgen gegen die Beschaffung neuer Waffensysteme zu kämpfen. Zudem verlangte der Diskurs der «kollektiven Sicherheit» eigentlich die Verweigerung jeglicher Militäreinsätze, solange die Schweiz nicht Mitglied der UNO ist.

Die *vierte Option* geht ohne falsche Rücksichten auf überholte nationale Interessen von den Fragen aus: Was braucht die Welt von der Schweiz? Was kann die

Schweiz für die Welt tun? Die von vielen Friedensbewegten, im Nationalrat von Vertretern und vor allem Vertreterinnen beider linken Fraktionen unterstützte Position, nennen wir sie einfachheitshalber die *GSoA-Option*, will ich nun genauer vorstellen. Zuerst versuche ich den friedens- und sicherheitspolitischen Ausgangspunkt, dann das friedenspolitische Grundkonzept aufzuzeigen. Darauf gehe ich auf die zivilen Alternativen, insbesondere den freiwilligen zivilen Friedensdienst, ein. Schliesslich will ich aufzeigen, dass die internationalistische Option in einer interessanten nationalen Tradition steht und damit nicht einfach in der Luft hängt. Hier werde ich selbstverständlich auch auf Leonhard Ragaz zu sprechen kommen.

Nato, Hobbes und das drohende «Jahrhundert des Autoritarismus»

Das Ende des Kalten Krieges und der Untergang des Warschauer Paktes bargen die grosse Chance, die Waffenpotentiale radikal abzurüsten, die Nato, die ihre Existenz immer mit dem Warschauer Pakt begründet hatte, ebenfalls aufzulösen und auf ein *System kollektiver Sicherheit* umzusteigen. Dieses System wäre von einer – zu demokratisierenden UNO – getragen gewesen und hätte sich erstrangig auf die Ursachen und die gewaltfreie Lösung von Konflikten konzentriert. Zudem hätte sie versucht, mit Gewalt, die sich nicht oder noch nicht ganz vermeiden lässt, einen Umgang zu finden, der sich konsequent an der *Rechtsidee* orientiert.

Die Weltpolitik hat sich im ausgehenden Jahrzehnt unter Führung der USA gegen Immanuel Kant, den Begründer des politischen Liberalismus, für Thomas Hobbes, den Vordenker eines modernen Autoritarismus, entschieden. Vor dem Hintergrund der Bürger- und Konfessionskriege und aufgrund der Einschätzung, dass «der Mensch des Menschen Wolf» sei, hatte der englische Staatstheoretiker Hobbes im 17. Jahrhundert die Schaffung eines übermächtigen, starken Staates vorgeschlagen. Der «*Leviathan*», dessen Bild

vom «riesigen Menschen» und vom «sterblichen Gott» der Johannes-Apokalypse entstammt, garantiert «Frieden und Schutz» dank seiner richterlichen, polizeilichen und gesetzgeberischen Übermacht. Exakt nach dessen Maxime «*Auctoritas, non veritas facit legem*» (in moderner Übersetzung: die faktische Macht, nicht die legitime Instanz fasst den Entscheid) beschloss die Nato den Krieg gegen Jugoslawien. Übrigens trug deren damaliger Befehlshaber Wesley Clarc den Übernamen «the Supreme Being» («das oberste Wesen»).

Wenn alles schlecht läuft, gehen die 90er Jahre in die Geschichte ein als die Epoche, in der die Nato den entscheidenden Schritt zu einer *weltweit operationsfähigen Interventionsstreitmacht* getan hat. Wird das Sonderbündnis zum «*Leviathan*» des kommenden Jahrhunderts, der den in konservativen Augen ohnehin chaotisch-gewalttätigen «Naturzustand» mit Hilfe einer «abschreckungstüchtigen, waffenstarrten Friedensmaschine» (Wolfgang Kersting) überwinden will, erfüllt sich die dunkle Prophezeiung von *Ralph Dahrendorf*, dem grossen alten Mann des politischen Liberalismus: «Das 21. Jahrhundert droht zum Jahrhundert des Autoritarismus zu werden.»

(In diesen Zusammenhang passt eine Nebenbemerkung zum sogenannten *Dritten Weg*. Der eben zitierte Dahrendorf, ein britisch-deutscher Doppelbürger, hat das Schröder-Blair-Papier kritisiert, es sei nicht liberal, sondern autoritär. Insofern muss die bisherige linke Kritik, es sei unsozial, um diese Dimension erweitert werden: Wirtschaftsliberal ist eben, im Unterschied zum frühen 19. Jahrhundert, in den meisten Fällen das Gegenteil von politisch liberal. In der Aussenpolitik, um die es hier geht, kommt der antiliberaler Charakter des Dritten Weges besonders deutlich zur Geltung. Schröder und vor allem Blair haben einen Hang zum Kriegführen, zum Waffen-Exportieren und zum Putin-Höfeln. Auch schweizerische Vertreter des Dritten Weges scheinen dem autoritären Charme des russischen Kriegsherrn besonders leicht zu erliegen.)

GSoA, Kant und die Dreiheit von Demokratie, Menschenrechten und Frieden

Wechseln wir von Putin bzw. Hobbes zu Kant: Der Königsberger setzt statt auf Kontrolle und Abschreckung auf Kooperation und Entwicklung. Seine Rechtsphilosophie ersetzt den *negativen Frieden* der blossen Kriegsabwesenheit durch den *positiven Frieden* eines allumfassenden Rechtszustandes, der in einer «Republik freier verbündeter Völker» gipfelt. Rechtsstaatlichkeit wird nicht von irgendeiner Macht verordnet, sondern hat sich von unten zu entwickeln. Ganz im Sinne von Jesaja 23,17: «Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.» Gegen autoritären Interventionismus setzte Kant auf *demokratische Lernprozesse*, die von aussen mit friedlichen Mitteln zu fördern sind. In seiner Schrift «Zum ewigen Frieden» schrieb er 1795: «Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen.» Dabei galt seine Sorge nicht der Souveränität des Staates, sondern derjenigen der Bürgerschaft. Bedenken wir nur die schweren Rückschläge, welche der Nato-Krieg den demokratischen und erst recht multiethnischen Kräften in Serbien, in Kosovo oder im entfernten Russland bereitet hat!

Selbst wenn gewisse Aussagen und Annahmen Kants angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu relativieren sind, hat seine Grundeinsicht ihre Gültigkeit bewahrt: Demokratie, Menschenrechte und Frieden sind miteinander verbunden und sie müssen sich – mit aktiver Unterstützung von aussen – in den Gesellschaften selbst entfalten. Und dies können sie auch, gerade weil es sich um *universelle Werte* handelt. Hätte der Westen in den zehn Jahren vor dem Kosovo-Krieg in Ex-Jugoslawien auf die demokratischen Kriegsgegner und vor allem -gegnerinnen gesetzt statt Vertreibungspolitikern wie Milosevic und Tudjman zu Friedensrittern zu schlagen und damit gegen die Opposition zu stärken, hätte er weniger Rücksicht auf die Regierungen und mehr auf die *Zivilgesellschaft*

genommen, wäre auf dem Balkan eine andere Entwicklung möglich gewesen.

Während die ersten beiden Optionen, die des VBS und die der AUNS, von Hobbes ausgehen, während die dritte oder SPS-Option kantianisch daherkommt, sich aber nolens volens hobbesianisch auswirkt, setzt die vierte auf Kant gegen Hobbes. Dem «Si vis pacem para bellum» (dem «Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor») setzen wir das kantianische «Si vis pacem para pacem» («Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor») entgegen. Ganz im aktiv-kreativen Sinne von Matthäus 5,9, gemäss dem weder die Friedfertigen noch die Friedens-Erzwinger, sondern die Friedens-Stifter selig sind. (Im griechischen Original heisst es «Eireneopoioi». «Eirene» heisst Frieden, «opoioi» hat den gleichen Stamm wie opus: Werk. Und Werken ist etwas Ziviles, nicht etwas Militärisches.)

Globaler Neomilitarismus: Zwillingbruder des Neoliberalismus

Wir GSoAtinnen und GSoAten gehen von folgender nüchterner Einschätzung des vergangenen Jahrzehnts aus: Die *neunziger Jahre* zwischen dem zweiten Golfkrieg und dem Kosovo-Krieg bzw. dem zweiten Tschetschenien-Krieg waren eine Zeit des *geopolitischen Experimentierens*. Dabei haben vor allem die USA alle Chancen gepackt, das Militärische und die Nato, die nach 1989 unter starken Druck geraten waren, wieder aufzuwerten und die UNO abzuwerten. In der gleichen Zeit ist die amerikanische Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder von 7 Milliarden auf weniger als die Hälfte geschrumpft. Den Militärs und ihren Politikern ist es gelungen, den *Krieg* wieder zu einem anerkannten *Mittel internationaler Machtpolitik* zu machen. Wie schon in früheren Fällen, denken wir nur an den Ersten Weltkrieg, wo die Franzosen ihre «Zivilisation» gegen das junkerhafte Preussentum und die Deutschen ihre «Kultur» gegen das barbarische Zarentum zu verteidigen vorgaben, war der Aufbau des Neomilitarismus mit grossen

Idealen wie Menschenrechten, Frieden, Solidarität garniert.

Im Rahmen dieses Prozesses wurden die *UNO* und die *OSZE*, die um 1990 ihre Sternstunden hatte, marginalisiert und instrumentalisiert. Im Dezember 1995 bezeichnete die US-Aussenministerin *Madeline Albright* die *UNO* öffentlich als «Instrument der amerikanischen Aussenpolitik»⁶. Die USA boykottieren und torpedieren eine ganze Reihe internationaler Abkommen und die Schaffung eines für Kriegsverbrechen und Völkermord zuständigen Internationalen Strafgerichtshofs. Die Begründung lautet ganz leviathanisch: «Das Tribunal birgt ein Risiko für diejenigen, die die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Garantie internationaler Sicherheit auf sich nehmen.»⁷

Besonders katastrophal wirkt sich die Remilitarisierung der Welt auf der Nahtstelle des alten Ost-West-Konflikts aus. Die *Osterweiterung der Nato* musste in Verbindung mit dem eigenmächtigen Handeln andernorts zu einer Stärkung der rückwärtsgewandten Kräfte in Russland führen. Deren gewachsenes Gewicht wiederum wird in Europa in den nächsten Jahren als Ausrede dienen, die Aufrüstung wieder verstärkt voranzutreiben.

Es ist Augenwischerei, wenn jemand behauptet, diese Globalisierung des Militärischen hätte irgend etwas mit kollektiver Sicherheit und Partnerschaft zu tun. Es geht den Mächten, welche eine rücksichtslose Globalisierung vorantreiben, darum, deren zum Teil verheerenden Folgen unter Kontrolle zu bekommen und zu halten. Deshalb spielt die Frage der Migrationen in allen aktuellen Sicherheitsberichten eine Schlüsselrolle. Mit dem Begriff «*westliche Wertegemeinschaft*» sind sehr wohl Werte gemeint, aber nicht die ideellen der Aufklärung. Der *globale Neomilitarismus*, zu dem nun auch die Europäische Union mit ihrer eigenen Militarisierung ihren Beitrag leisten will, ist die notwendige Ergänzung zum *globalen Neoliberalismus*. Wenn sich die Schweiz in diese «internationale Sicherheitskooperation» einklinkt, wie es

so schön heisst, dann trägt sie nicht zur Stärkung eines allgemeinen Rechtssystems, sondern zu der eines besonderen Machtsystems bei.

Selbst wenn jemand diese globale Einschätzung der GSoA nicht teilt, muss er oder sie sich die Frage stellen: Braucht eine Welt, die für das Kriegführen 60mal mehr ausgibt als für das Friedenstiften von der Schweiz ausgerechnet Soldaten samt Waffen? Braucht ein Balkan, nachdem für den Nato-Krieg problemlos 100 Milliarden Franken aufgebracht werden konnten und die EU Mühe hat, eine Milliarde für den zivilen Stabilitätspakt in Südosteuropa zusammenzubringen, von der Schweiz auch noch Militärisches? Oder wäre es nicht besser, *vom Zivilen um so mehr zur Verfügung zu stellen?*

Was die Welt von der Schweiz wirklich braucht

Erstens braucht die Welt die Schweiz in der *UNO*, damit unser Land seinen Beitrag leisten kann für eine Zivilisierung und Entmilitarisierung dieses Planeten, für einen Paradigmawechsel vom *Macht- zum Rechtsprinzip* und für eine *Demokratisierung* der Weltorganisation selber.

Zweitens braucht die Welt, vor allem die Dritte Welt, von unserem Land eine ausserpolitische Ausrichtung, die sich prioritär an den *Interessen der Armen* und nicht der Kapitalmärkte orientiert. Eines der dringendsten Beispiele wäre das Engagement für die Einführung der *Tobin-Steuer* auf Devisentransaktionen. Bei einem moderaten Steuersatz von nur 1 Prozent ergäbe das die kolossale Summe von 720 Milliarden Dollar jährlich. Wenn nur schon die Hälfte an einen Umverteilungsfonds zugunsten der ärmeren Länder ginge, wie es die UNCTAD, die Handlungs- und Entwicklungskonferenz der UNO, vorschlägt, könnten die Lebenschancen von Millionen von Menschen verbessert werden. Was die Schweiz ganz von sich aus umsetzen kann, ist die Abschaffung des *Bankgeheimnisses* und der *Steueroasen*, zuallererst der zugehörigen. Die paradiesischen Steuerzustän-

de hier haben auch zu tun mit den höllischen Lebensverhältnissen dort.

Drittens braucht die Welt von der Schweiz eine *globale Umweltpolitik*, welche die in Rio 1992 formulierten Ziele umsetzt und sich für deren Umsetzung einsetzt.

Viertens braucht die Welt von der Schweiz einen Ausbau der *Entwicklungszusammenarbeit*. Viele Konflikte haben ihre Ursache in der Massenarmut, in der Verelendung, in der Umweltzerstörung, im Ressourcenverschleiss, in den Fluchtbewegungen, in der Brutalisierung des Alltags. Gerade hier könnte die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit, von der ich persönlich viel halte, bedeutend mehr leisten. Aber die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz beträgt nicht einmal die Hälfte des von der UNO vorgegebenen Minimums von 0,7 Prozent des Volkseinkommens; 1998 sank sie auf 0,33 Prozent.⁸

Fünftens braucht die Welt von der Schweiz eine *Friedenspolitik*, die zweifelsfrei unabhängig von der Nato ist und die sich am *Para pacem* statt am *Para bellum* orientiert.

Freiwilliger Ziviler Friedensdienst

Was *Solidarität statt Soldaten* konkret heissen kann, möchte ich hier kurz vorstellen. Es geht um die Schaffung eines freiwilligen Zivilen Friedensdienstes (ZFD), über den wir in den nächsten zwei, drei Jahren abstimmen werden. Der ZFD kann zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und offizieller Diplomatie eine *gähnende Lücke* schliessen. Als beispielsweise die kroatische Armee im Sommer 1995 die mehrheitlich serbisch bewohnten und kontrollierten Gebiete Kroatiens eroberte und rund 200 000 Menschen aus ihren Häusern flüchteten, erreichte uns der dringende Aufruf von kroatischen Menschenrechts- und Friedensgruppen, sofort 50 Menschenrechtsbeobachterinnen und -beobachter zu schicken, die mit ihren eigenen Leuten gemeinsam die Situation vor Ort überwachen und do-

kumentieren könnten. Oder als die Studierenden des Kosova im Frühjahr 1998 zu friedlichen Massenkundgebungen für freie Ausbildung in albanischer Sprache aufriefen, fragten sie nach, ob wir ihren Protest mit zivilen Beobachterinnen und Beobachtern begleiten könnten, um ihnen durch diese internationale Präsenz einen gewissen Schutz vor Übergriffen zu bieten.

Beiden Anfragen sowie vielen ähnlichen Begehren konnte nicht entsprochen werden, weil die offizielle Schweiz wegen *diplomatischen Gepflogenheiten* nicht auf solche Anfragen antworten kann und weil die Hilfswerke dafür nicht über die notwendigen, kurzfristig mobilisierbaren Ressourcen verfügen. Selbst 60 Beobachterinnen und Beobachter, welche die Schweiz der OSZE im Herbst 1998 zusicherte, liessen sich nicht finden. Gerade 35 waren bis zu dem von der Nato erzwungenen Abzug der Mission im Kosovo stationiert. Während die Schweiz immer noch eine Armee von 350 000 Personen unterhält, fehlt es an qualifiziertem zivilem Personal.

Ausgehend von den Erfahrungen mit Konflikteinsätzen der letzten Jahre sind Organisationen in ganz Europa zum gleichen Schluss gekommen: Die internationale Politik braucht Instrumente, um Krisen frühzeitig zu erkennen und mit zivilgesellschaftlichen Massnahmen zu beantworten. Sie braucht Instrumente, die präventiv darauf hinarbeiten, Gewaltanwendung bei der Austragung von Konflikten zu vermeiden. Mit dem Zivilen Friedensdienst soll ein Instrument zur Verfügung stehen, das auf Anfrage aus dem Konfliktgebiet hin mit qualifiziertem Personal den lokalen Organisationen unterstützend zur Seite steht. Zwischen dem Abbau struktureller Gewalt durch Entwicklung und Zusammenarbeit einerseits und dem Ausbruch von Krisen in offene Konflikte andererseits soll mittels *Früherkennung und Frühbearbeitung* das gesellschaftliche Potential gestärkt werden, um bestehende Konflikte gewaltfrei, zivil und mit politischen Mitteln zu bearbeiten – lange bevor diese allenfalls zum Thema der Diplomatie werden.

Der zivile Friedensdienst, der übrigens auch für *Inland-Einsätze* gedacht ist, kann in der Schweiz ansetzen an einem hohen Ausbildungsstandard, an überdurchschnittlichen Sprachkenntnissen, an aktuellen und historischen Erfahrungen mit multikulturellen und multikonfessionellen Konflikten, an den Errungenschaften der direkten Demokratie, des Pluralismus, des Föderalismus, der Gemeindeautonomie und – nicht zu unterschätzen – der Vereinsmeierei.

Ragaz: Solidarität statt Soldaten

Unser Engagement für eine friedensstiftende Aussenpolitik wiederum kann ansetzen an einer *Tradition der anderen Schweiz*, die im Sinne des Aufklärungsphilosophen Kant Demokratie und Frieden, Menschenrechte und Solidarität immer zusammendachte. Ich beginne in der Mitte bei Leonhard Ragaz, dessen erstes Buch den kantianischen Titel «Du sollst» getragen hatte. In seinem 1918 erschienenen Werk «Die neue Schweiz» verbindet er die drei Grundwerte der «Freiheit» im Sinne von politischer und sozialer Demokratie, des «Föderalismus» im Sinne von Selbstverwaltung und der «Genossenschaft der Völker», die auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zu schaffen wäre. Gerade weil die «Freiheit» gleichzeitig die «Seele der schweizerischen Seele» und «das wahre Brot der Völker» sei, laute die «Mission der Schweiz», «Vorhut der Völker im Kampf um Freiheit und Solidarität» zu sein. Ein Kleinstaat sei besonders berufen, sich dafür einzusetzen, dass es dort ein «Reich des Rechtes» gebe, wo vorher ein «Reich der Gewalt» gewesen war.

Dass Ragaz' hoher Anspruch an die Schweiz nichts mit Nationalismus zu tun hatte, bewies er 1935 mit seinem *Austritt aus der SP*, weil diese vor dem Militarismus kapituliert hatte. Wer aus dem Positiven eines «Sonderfalls», den letztlich jedes Land darstellt, das Beste zu machen versucht, ist also nicht unbedingt weniger internationalistisch als jene, die Beson-

derheiten, welche das militärische Ausgreifen erschweren, nur als lästig empfinden.

Ragaz' Denken erfährt in den 30er und 40er Jahren eine entscheidende Vertiefung in der Verknüpfung von schweizerischer *Asyltradition*, *Antimilitarismus* und *Existenzrecht der Schweiz*. Kurz nach der Machtergreifung der Nazis hat Ragaz in den Neuen Wegen betont, die Schweiz habe mit der Aufnahme von Flüchtlingen die Gelegenheit, «ihr Existenzrecht zu bewahren und neu zu begründen». Kurz nach dem Krieg schrieb Ragaz aufgrund des Versagens der Schweiz in der Bewährungsprobe, sie müsse «wieder einen Sinn bekommen» und der bestehe in einem «wertvollen Beitrag an die Zukunft der Völkerwelt», der «zugleich eine Fortsetzung und Erfüllung des besten Sinns ihrer Geschichte» sei. Mit Bestimmtheit hat Ragaz dabei nicht an bewaffnete Auslandseinsätze gedacht.⁹

1 Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren (29.11.1993), Bundesblatt 1994/I, S. 155.

2 Alois Riklin, Ethik der Sicherheitspolitik, in: Civitas 3/97, S. 235.

3 Bericht, S. 159.

4 Civitas, S. 235.

5 In: Discorsi, III/41, zit. in Riklin, Civitas S. 234.

6 Washington Times, 13.12.1995.

7 David Scheffer, zit. in Le Monde Diplomatique, Dezember 1999.

8 Zu Rate gezogen habe ich u.a. die von Peter Hug im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas verfasste Broschüre mit dem Titel: «Entwicklungspolitik ist die Friedenspolitik des 21. Jahrhunderts». Es handelt sich dabei um eine Aussage von Heidemarie Wiczorek-Zeul, BRD-Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, aus dem Jahre 1998.

9 Neue Wege, Juni 1933, Juli/August 1945; Aufbau 41, 8.10.1943; Siehe zu Ragaz: Hermann Kocher, Rationierte Menschlichkeit, Chronos 1996, v.a. S. 411–428.